

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Bürgermeister | <input type="checkbox"/> Fachbereich I
Zentrale Verwaltung |
| <input type="checkbox"/> Büro des Bürgermeisters | <input type="checkbox"/> Fachbereich II
Soziales/Ordnungswesen/Stadtbüro |
| <input type="checkbox"/> Familien-, Frauen- und Seniorenbeauftragte | <input type="checkbox"/> Fachbereich III
Technische Verwaltung |
| <input type="checkbox"/> Finanzen/Controlling | <input type="checkbox"/> Fachbereich IV
Kinder/Jugend/Bildung |
| <input type="checkbox"/> Stadtwerke | |
| <input type="checkbox"/> KIS/Betriebshof | |

Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses

12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17. August 2017

TOP 2

Neufassung der Hauptsatzung

Drucksache: 10/0285/1

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 29. Juni 2017 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Zu § 4 Abs. 1 Buchstaben

- j) Entscheidungen über die Annahme von Schenkungen, Spenden und die Durchführung von Sponsoringmaßnahmen sowie
- h) Entscheidungen über Stundung, Niederschlagung, Zahlungsaufschub, Ratenzahlung und Erlass von Ansprüchen

erfolgt eine längere Diskussion.

Zu Buchstabe h)

Die CDU-Fraktion schlägt vor, dass die Entscheidung über Stundung, Niederschlagung, Zahlungsaufschub, Ratenzahlung und Erlass von Ansprüchen über 10.000,00 € weiterhin bei der Stadtverordnetenversammlung verbleibt.

Von den Ausschussmitgliedern Fischer und Petri wird festgestellt, dass diese Entscheidung eine Aufgabe der Verwaltung ist.

Ausschussvorsitzender Weldert schlägt folgenden Kompromiss vor: Die Verwaltung legt dem Magistrat einmal jährlich ein Bericht über Stundung, Niederschlagung, Zahlungsaufschub, Ratenzahlung und Erlass von Ansprüchen vor.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die Hauptsatzung wird in der beigelegten Fassung beschlossen.
2. Die Verwaltung legt dem Magistrat einmal jährlich ein Bericht über Stundung, Niederschlagung, Zahlungsaufschub, Ratenzahlung und Erlass von Ansprüchen wird.

Abstimmungsergebnis:

8	Ja-Stimmen	(1 CDU, 2 ALW, 1 FWW, 4 SPD)
1	Enthaltung	(1 CDU)